

EVP fordert rasche Verfahren, Asyl für verfolgte Christen, mehr Entwicklungshilfe: eine menschenwürdige Asylpolitik

Schnellere und korrekte Asylverfahren ermöglichen menschenwürdige Entscheide. Deshalb müssen Migrationsbehörden und Polizei mehr Kapazitäten erhalten. Bei der Personenfreizügigkeit ist der bestehende Spielraum zu nutzen. Verfolgte Christen sollen künftig Asyl erhalten. Nach dem Asylentscheid muss die Integration vereinbart oder Rückkehrhilfe angeboten werden. Für die Sans Papiers muss eine Lösung gefunden werden, die verhindert, dass Tausende ein illegales Dasein fristen. Eine Erhöhung der Entwicklungszusammenarbeit schafft Perspektiven im Herkunftsland und hilft Migration vermeiden.

Die 10 Thesen der EVP:

1. Das Spannungsfeld: Menschen kommen, weil sie Arbeit und eine bessere Zukunft wollen

Doch die Schweizer Migrationspolitik beschränkt sich auf den EU-Raum (Personenfreizügigkeit), Kontingente für Drittstaaten und eine kleine Zahl von Menschen mit anerkanntem Asylgrund. Dieses Spannungsfeld fördert den Missbrauch, führt zu aufwändigen Abklärungen, überfordert die Asylstrukturen und endet in oft nicht durchsetzbaren Wegweisungen.

2. Die Erfolgsgeschichte: Bei der Personenfreizügigkeit den bestehenden Spielraum nutzen

Die Personenfreizügigkeit ist ein anerkannter Wachstumsmotor und die Wirtschaft ist auf Fachkräfte aus dem Ausland angewiesen. Nun gilt es den bestehenden Spielraum zu nutzen, um die negativen Auswirkungen auf den Wohn- und Arbeitsmarkt in den Griff zu bekommen. Die Schweiz muss das Aufenthaltsrecht konsequent umsetzen, die Anwendung der Ventilklauseln prüfen und so die Zuwanderung beschränken, die 8-Tage-Regelung beibehalten, eine Verlängerung der Aufenthaltsbewilligung nur Erwerbstätigen gewähren, sowie mehr Kontrollen und schärfere Sanktionen gegen Lohndumping und Scheinselbständige einführen.

3. Die Herausforderung: Rasche und korrekte Asylentscheide innert eines halben Jahres

Die Asylgesuche müssen deutlich schneller bearbeitet werden. Dazu müssen die Kapazitäten bei den Migrationsbehörden ausgebaut und die institutionellen Abläufe optimiert werden. Es ist viel kostengünstiger und rechtstaatlich einwandfreier, wenn die Asylentscheide rasch gefällt werden. Die allermeisten Gesuche sollen innert einem halben Jahr entschieden werden können.

4. Das Vollzugsproblem: Wegweisungen und Überstellungen an Dublin-Staaten durchsetzen

Behörden und Polizei müssen mehr Ressourcen zum Vollzug vollstreckbarer Wegweisungen erhalten. Zwangsausschaffungen sollen unter Wahrung der Menschenrechte und Menschenwürde erfolgen. Die Schweiz muss vermehrt Rückkehrverträge mit den Heimatländern abschliessen und diese Abschlüsse bei der Prioritätensetzung der Entwicklungszusammenarbeit berücksichtigen. Die Rückkehrhilfe ist auszubauen, insbesondere die erfolgreichen Länderprogramme. Dabei ist auch das Netzwerk der Schweizer Hilfswerke vor Ort stärker einzubeziehen.

5. Der blinde Fleck: Sans Papiers nicht länger totschiweigen

Wer sich illegal in der Schweiz aufhält, kann nicht auf eine generelle Amnestie hoffen. Mit Hinhalten und Wegschauen löst sich kein Problem, zielführend ist eine Kombination von Abschreckung und Anreiz zur Kooperation. Sind Menschen schon lange hier und ist ihre Integration fortgeschritten, sollen sie nach Prüfung des konkreten Falls aber eine Aufenthaltsbewilligung erhalten können, insbesondere wenn Kinder und Jugendliche in Ausbildung mitbetroffen sind. Denkbar ist die Aufnahme von Menschen, die eine Arbeitsstelle haben und deren Arbeitgeber sich verpflichtet, für mindestens ein Jahr die Sozialversicherungsbeiträge nachzuzahlen.

6. Das berechtigte Anliegen: Christenverfolgung als Asylgrund anerkennen

Als Schweiz sind wir solidarisch mit verfolgten Christen. Wenn Christen durch eine Rückschaffung aus Glaubensgründen mit Verfolgung rechnen müssen, ist dies bei uns als Asylgrund zu anerkennen.

7. Die humanitäre Schweiz: Im Notfall unbürokratisch helfen

Die Schweiz soll die Tradition wieder aufleben lassen, wonach sie ausserhalb des normalen Asylverfahrens von Zeit zu Zeit ein Kontingent von Flüchtlingen aufnimmt, welche in Zusammenarbeit mit dem UNHCR (Flüchtlingswerk der UNO) bestimmt werden und die uns kulturell und/oder sprachlich nahestehen.

8. Die Scheinlösung: Die Ausschaffungsinitiative ist wirkungslos

Die Ausschaffungsinitiative trägt nichts Substanzielles zur Bekämpfung der Ausländerkriminalität bei. Wir haben ein statistisch ausgewiesenes Ausländerkriminalitätsproblem, doch mehr als die Hälfte der Taten wird von Ausländern verübt, die keine Bewilligung haben und gar nicht hier sein dürften. Da hat die Ausschaffungsinitiative keinen Einfluss: Wer keine Bewilligung hat, dem kann sie nicht entzogen werden. Die weitaus grösste Ausländergruppe (die Niedergelassenen) ist gemäss Statistik nicht überdurchschnittlich kriminell. Wer die Ausländerkriminalität in den Griff bekommen will, muss mit der EVP einstehen für schnellere Asyl- und Strafverfahren und eine Erhöhung der Kapazitäten beim Vollzug von Wegweisungen.

9. Die Alltagsaufgabe: Integration verlangt die Anstrengungen aller

Integration bedeutet fordern und fördern. Wer eine Niederlassungsbewilligung erlangen will, soll künftig einen Integrationsnachweis erbringen müssen. Kriterien dazu sind die Respektierung des Rechtsstaates, das Bekenntnis zu den Grundwerten der Bundesverfassung, der Wille zur Teilhabe an Arbeit und Bildung sowie Kenntnisse der lokalen Landessprache. Im Gegenzug unterstützt der Staat die Integration mit Kursen und anderen Hilfen. Der Familiennachzug soll nur möglich sein, solange die Kinder unter 10 Jahre alt sind. Wir unterstützen die erleichterte Einbürgerung der zweiten und dritten Generation.

10. Die weltweite Armut halbieren: Entwicklungshilfe auf 0.7% erhöhen

Wer in seinem Heimatland eine Perspektive hat, nimmt das Wagnis Migration gar nicht erst auf sich. Deshalb soll die Schweiz ihre Entwicklungszusammenarbeit auf 0.7% des Bruttoinlandsprodukts aufstocken und damit gemäss den UNO-Millenniumszielen, die weltweite Armut halbieren helfen.

Verabschiedet am 17. September 2011 von der Delegiertenversammlung der EVP Schweiz in Bern